

Verdrängung aus den Kiezen stoppen!
Für eine soziale Wohnungspolitik

Das SOZIALE BERLIN **DIE LINKE.**

Zweckentfremdung von Wohnraum beenden

Umwandlung in Eigentumswohnungen stoppen

Soziale Richtsatzmiete für Sozialwohnungen einführen

Öffentlichen Wohnraum ausweiten

Zwangsumzüge stoppen

Kosten der Unterkunft an Mietspiegel anpassen

Die **Mieten in Berlin explodieren.**

Immobilienkonzerne wie Einzeleigentümer wittern das große Geschäft. Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen nimmt ebenso zu wie die Zweckentfremdung von Wohnraum.

In **Friedrichshain-Kreuzberg** wohnen aber besonders viele Menschen mit **niedrigen Einkommen**. So werden Mieter/innen aus der Innenstadt verdrängt.

Die SPD-Senatorin für Stadtentwicklung Junge-Reyer spricht von einem entspannten Wohnungsmarkt, doch der Leerstand beträgt nur drei Prozent. Der Regierende Bürgermeister Wowereit sieht in steigenden Mieten sogar ein gutes Zeichen für die Entwicklung Berlins. Dabei gibt es im Bezirk **für Hartz IV-Bezieherinnen und -Bezieher keine Wohnungen** mehr.

DIE LINKE Friedrichshain-Kreuzberg setzt sich für einen Kurswechsel in der Berliner Wohnungspolitik ein. Wir fordern:

Eigentumsumwandlungen drastisch reduzieren

In Kreuzberg stehen 70% der Wohnungen unter Milieuschutz. Doch Senatorin Junge-Reyer verweigert die notwendige Rechtsverordnung, damit auch dort Umwandlungen in Eigentumswohnungen genehmigungspflichtig werden. DIE LINKE hat dafür gesorgt, dass es vor der Umwandlung in Eigentum für die Mieterinnen und Mieter eine **verlängerte Schutzfrist** von sieben statt nur drei Jahren im Bezirk gibt.

Zwangsumzüge verhindern

DIE LINKE wird weiter dafür sorgen, dass die Zahl der Umzüge von Menschen, die von Hartz IV, Sozialhilfe oder Grundsicherung im Alter leben, möglichst niedrig ausfällt. Die **Kosten der Unterkunft** will DIE LINKE an den Mietspiegel anpassen. Es soll kostenlose Beratungen für Mieterinnen und Mieter geben, damit man bspw. **überhöhte Nebenkosten anzeigen** kann.

Zweckentfremdung stoppen

In Kiezen mit Wohnungsmangel wollen wir die **Zweckentfremdung** von Mietwohnungen, bspw. durch Ferienwohnungen, **verhindern**. In anderen Städten, wie in Hamburg, geht das. Die SPD in Berlin lehnt eine solche Verordnung ab.

Öffentlichen Wohnraum ausweiten

Verlässlich können nur städtische Wohnungsbaugesellschaften (WBG) bezahlbare Wohnungen bereitstellen. Sie sollen ihre **Mieten unterhalb des Mietspiegels** halten und ihre Gewinne vor allem dafür einsetzen. Die WBG sollen verstärkt **Wohnungen** in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt **aufkaufen** oder neu bauen.

Sozialmieten für den Sozialen Wohnungsbau

Das von Rot-Rot beschlossene Wohnraumgesetz hat im Sozialen Wohnungsbau einen Teil der hohen **Kostenmieten gestoppt**. Gegen Verdrängung von Sozialmieterinnen und -mieter kann aber nur eine **soziale Richtsatzmiete** helfen, die die Miete auf 10% unter dem Mietspiegel begrenzt.

Alternative Wohnprojekte fördern

Selbstorganisierte Wohnprojekte sind ein wichtiger Teil von Friedrichshain-Kreuzberg. DIE LINKE hat einen langfristigen Nutzungsvertrag für die Wagenburg „Laster und Hänger“ durchgesetzt, die Reiche 63 im Mietenstreit mit dem Bezirksamt unterstützt und den runden Tisch mit dem Eigentümer der Liebig 14 organisiert. Bei neuen Projekten und Genossenschaften streiten wir dafür, dass **Liegenschaften** des Landes **nach sozialen Kriterien vergeben** werden.

DIE LINKE.

FRIEDRICHSHAIN - KREUZBERG

Weidenweg 17, 10249 Berlin

Telefon: 030 / 4262687

info@dielinke-fk.de

www.dielinke-fk.de

ViSP: Johanna Maiwald